

Die Rechnungen kommen

Versammlung der Bürgerinitiative „Energiepreise-runter“ Schaumburg

Obernkirchen. Die Bürgerinitiative „Energiepreise-runter“ Schaumburg lädt zu ihrer nächsten Sitzung am Freitag, 22. Januar um 19 Uhr in die Krainhäger Bürgerstuben ein. Sprecher Robert Laack stellt in der Einladung fest, „dass es künftig jedem Verbraucher freigestellt sein wird, sich günstige Anbieter für Gas und Strom auszusuchen und unter Vertrag zu nehmen“. Es sei anzunehmen, dass sich auch die Stadtwerke in Zukunft in eine zu akzeptierende Richtung bewegen und damit ihrem kommunalen Auftrag in Bezug auf die Energiepreispolitik gerecht würden. Angesprochen werden in der Sitzung auch die Gasrechnungen der Stadtwerke Schaumburg-Lippe GmbH, die in diesem Monat rausgehen würden und „erneut zu korrigieren“ seien. Inzwischen, so Laack, hätten viele Mitglieder eine gerichtliche Mahnung erhalten: mit dem vorrangigen Ziel, die bisher nicht gezahlten Preiserhöhungen mit dieser Mahnung einzutreiben und Verjährungsfristen der Stadtwerke für die 2006 nicht gezahlten Preiserhöhungen aufrechtzuerhalten. Wie diese Vorgehensweise der Stadtwerke zu werten und zu behandeln ist, werde zu beprechen sein. Ebenfalls ein Thema: die Kündigungen der Sonderverträge zum 31. Dezember 2010. Aus Sicht der Bürgerinitiative hat das Vorgehen der Stadtwerke den großen Vorteil, dass die Sondervertragssituation durch die Stadtwerke bestätigt wird. Trotzdem sollte sich jedes Mitglied bemühen, den Sondervertrag aufzufinden oder eine Kopie bei den Stadtwerken unter Bezugnahme auf die Kündigung des Sondervertrages anzufordern, so Laack. Ebenfalls auf der Tagesordnung wird das Gasverbrauchsjahr 2010 stehen. Es könne, meint Laack, so verfahren werden, dass nach wie vor der alte Sockelbetrag vom 30. September 2004 oder später für die Berechnung des Gaspreises seine Gültigkeit behält. Ein Thema wird auch die Situation auf dem Strommarkt und das Verhalten der Stromlieferanten sein. Laack verweist darauf, dass die Bewirtschaftung der Strom- und Gasnetze inzwischen staatlich auf Anordnung der EU-Kommission von der Bundesnetzagentur kontrolliert und zum Teil vorgegeben wird. Das Ergebnis sei eine für den Verbraucher spürbare Liberalisierung. rd